



2021/46 Ausland

<https://www.jungle.world/artikel/2021/46/druck-mit-reaktoren>

Frankreich will wieder große Atomreaktoren bauen

Druck mit Reaktoren

Von **Bernhard Schmid**

Frankreich will große Atomreaktoren bauen und bemüht sich um die Anerkennung der Atomkraft als erneuerbare und klimafreundliche Energie.

Manche europäische Regierungen beschließen den Ausstieg, Emmanuel Macron hingegen hält am Ausbau fest. Bereits zum zweiten Mal innerhalb eines Monats verkündete Frankreichs Staatspräsident Beschlüsse, die die Errichtung von Atomkraftwerken (AKW) zum Ziel haben. Ging es bei seiner mehrstündigen Ansprache zum **Investitionsprogramm »France 2030«** am 12. Oktober noch um kleine modulare Reaktoren (SMR), in deren Entwicklung bis 2030 eine Milliarde Euro gesteckt werden soll, sprach er am 9. November bereits von großen Anlagen.

»Das erste Mal seit Jahrzehnten« werde Frankreich neue Atomkraftwerke bauen, damit das Land Energieunabhängigkeit und »Kohlenstoffneutralität« im Jahr 2050 erreiche, so Macron zum Abschluss seiner 25minütigen Fernsehansprache am 9. November. In der Ansprache ging es auch um die Bekämpfung der Covid19-Pandemie durch Booster-Impfungen für Menschen ab 50, de facto dürfte es sich um Macrons erste Bewerbungsrede für seine Wiederwahl im April kommenden Jahres gehandelt haben.

Die französischen Arbeitgeberverbände zeigten sich mit Macrons Ankündigungen zufrieden.

Zwar war Frankreichs jüngstes Atomkraftwerkprojekt, die Erneuerung des seit 1985 betriebenen AKW im normannischen Flamanville durch einen Reaktor des Typs Europäischer Druckwasserreaktor (EPR), bereits kurz nach der Jahrtausendwende geplant und 2004 offiziell bekanntgegeben worden, doch wurde mit dem Bau erst im Dezember 2007 begonnen. Ursprünglich hätte der EPR in Flamanville bereits 2012 in Betrieb gehen und 3,3 Milliarden Euro kosten sollen. Aufgrund zahlreicher Probleme, wie mangelhafter Schweißnähte, verzögerte sich der Bau jedoch immer wieder. Derzeit heißt es, er solle 2023 ans Netz gehen. Die Gesamtkosten werden auf über 19 Milliarden Euro geschätzt.

Der Unterschied zwischen den beiden jüngsten Ankündigungen Macrons liegt darin, dass die SMR überwiegend für den Export bestimmt sind, in Frankreich selbst jedoch große Reaktorblöcke errichtet werden sollen, um den Anteil von Atomstrom am Energiemix hoch zu halten und die Nuklearanlagen zu ersetzen, die das Ende ihrer vorgesehenen Betriebsdauer erreicht haben. Der französischen Stromnetzgesellschaft (RTE) zufolge betrug 2020 der Anteil der Atomenergie an der Stromproduktion 67,1 Prozent.

Macron präzisierte seine Ankündigung nicht näher, doch Valérie Faudon, die Sprecherin des französischen Verbands der Atomwirtschaft, sprach am 10. November im Fernsehsender BFM TV von sechs geplanten Großreaktoren vom Typ EPR, von denen jeweils zwei zusammen alte Reaktoren an drei bisherigen AKW-Standorten ersetzen sollen. Die in Lyon ansässige, zu energiepolitischen Themen arbeitende Internetzeitschrift Journal de l'énergie berichtet, der Betreiber, die französische Elektrizitätsgesellschaft (EDF), plane EPR-Reaktoren mit je 1 750 Megawatt (MW) elektrischer Energieleistung. Das wären größere Anlagen als der EPR in Flamanville, der eine Bruttoleistung von 1 650 MW haben soll, und erst recht als die in Deutschland noch betriebenen Reaktoren. Die größten deutschen Reaktoren sind der in Brokdorf mit einer Nennleistung von 1 480 MW, der bis zum 31. Dezember 2021 abgeschaltet werden soll, und Isar-2 in der Nähe von Landshut mit einer Nennleistung von 1 485 MW, der ein Jahr später vom Netz gehen soll.

Weltweit gibt es bislang erst zwei EPR-Reaktoren mit 1 750 MW Nennleistung, die beiden Reaktorblöcke Taishan-1 und Taishan-2 in China, die von der EDF und deren Tochterfirma Framatome mit errichtet wurden. Seit April gab es immer wieder ernsthafte Störfälle bei Taishan-1, unter anderem trat radioaktives Gas aus – der Reaktor liegt seit Ende Juli still. Journal de l'énergie bezeichnete die neuen Projekte auf französischem Boden am 12. November als »Größenwahn« und fürchtet, dass mit steigender Reaktorleistung auch die technischen Probleme größer werden.

Bislang geht die EDF nicht wirklich transparent mit Störfällen und Problemen um. Am 12. November berichteten die Pariser Abendzeitung Le Monde und der Nachrichtensender France Info, dass ein leitender Angestellter der Atomanlage im südfranzösischen Tricastin bereits am 5. Oktober Strafanzeige gegen seinen Arbeitgeber, die EDF, wegen des Vertuschens nuklearer Störfälle erstattet habe.

Das 750 Milliarden Euro umfassende Investitionsprogramm, das die Europäische Union im Zuge der Coronakrise aufgelegt hat, sieht bislang keine Subventionen für die Nuklearindustrie vor, sondern für erneuerbare Energien, mit deren Ausbau man das Tempo der Erderwärmung verlangsamen will. Im Dezember soll eine Liste förderungswürdiger Formen erneuerbarer Energie vorgelegt werden. Davon ausgeschlossen sind bislang Atomenergie und Erdgas, doch Frankreichs Regierung will sich dafür stark machen, dass Erstere einbezogen wird. Am 11. November sprachen sich am Rande der Klimakonferenz COP26 in Glasgow die Umweltminister Dänemarks, Deutschlands, Österreichs, Luxemburgs und Portugals in einer gemeinsamen Erklärung dagegen aus, Erdgas und Atomenergie in die sogenannte EU-Taxonomie aufzunehmen, die festlegt, welche Investitionen in der EU als nachhaltig gelten sollen. Ab dem 1. Januar wird Frankreich die EU-Ratspräsidentschaft führen.

Die französischen Arbeitgeberverbände zeigten sich mit Macrons Ankündigungen zufrieden. Neben den Plänen zur Neuauflage des Atomprogramms versprechen sich die dominierenden Kapitalfraktionen auch von anderen Beschlüssen Macrons Aussichten auf Wachstum. Am 12. Oktober hatte Macron in seinem 30 Milliarden Euro schweren Programm nicht nur den Bau neuer Reaktoren angekündigt, sondern auch Investitionen in den Abbau von Mineralien und Seltenen Erden vom Tiefseeboden. Es steht zu befürchten, dass hier eine ökologische Katastrophe vorbereitet wird.